

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Niederschrift

über die 9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am
21.01.2016 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Ria von Schrötter

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Detlef Klucke

Herr Thomas Czesky

Frau Carola Hartfelder

Frau Heike Kühne

Herr Lutz Lehmann

Vertretung für Herrn Felix Thier

Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin

Herr Karsten Dornquast, Dezernent I

Herr Johannes Ferdinand, Kämmerer

Frau Andrea Piechatzeck, SGLin Haushalt u. Finanzen

Herr Matthias Fröhlich, SGL Schulverwaltung

Frau Andrea Staeck, Leiterin VHS

Herr Andreas Hüttner, Leiter Kreismusikschule

Frau Margret Hornung, Verwaltungsleiterin OSZ

Frau Birgit Kaminski, Fachkoordinatorin Sport

Frau Petra Hermann, Leiterin Kreismedienzentrum

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Felix Thier

Frau Gabriele Schröder

Frau Mandy Werner

Sachkundige Einwohner

Frau Ursula Biesecke
Frau Marita Marufke
Frau Nicole Moskal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 12.11.2015
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Beschlussvorlagen
- 6.1 Errichtung von weiteren Klassen der gymnasialen Oberstufe am Oberstufenzentrum Teltow-Fläming 5-2532/15-I
- 6.2 Haushaltssatzung 2016 5-2575/15-I
- 6.3 Haushaltssicherungskonzept 2016 5-2576/15-I
- 6.4 Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2016 5-2581/15-I/1

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende des Ausschusses, Frau von Schrötter, eröffnet die 9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport. Sie begrüßt die Anwesenden und stellt die frist- und formgerechte Zusendung der Unterlagen fest.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 12.11.2015

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt somit als angenommen.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dornquast informiert, die Verwaltung bereitet die Projektbeantragung eines neuen Projektes des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung im Zusammenhang mit dem Bildungsmanagement vor. Es geht dabei um die Beratung im Bildungsmanagement und um die Netzwerkfunktion vom Kita-Bereich bis zur Erwachsenenbildung. Ein weiteres Förderprogramm wurde bezüglich Bildungsberatung und Bildungskoordination unter Einbeziehung von Migranten und Flüchtlingen erarbeitet. Bei diesem Projekt werden die Personal- und Sachkosten zu 100 % gefördert. Es ist nur für Landkreise und kreisfreie Städte ausgelegt. Er berichtet weiter, über einen Projektzeitraum von zwei Jahren kann die Maßnahme beantragt werden, die voll finanziert wird. Es soll die Koordination von Bildungsmaßnahmen und Angeboten vor Ort realisieren, das Bildungsmanagement verbessern, den Einstieg in die Bereiche Kita und Schule unterstützen sowie berufliche und allgemeine Weiterbildung durch Orientierungs- und Beratungsangebote realisieren. Durch die neuen Herausforderungen mit der Ein- und Zuordnung der Flüchtlinge und Asylanten an den einzelnen Standorten, die über den Landkreis verteilt sind, gibt es erhebliche Abstimmungsbedarfe. Die grundsätzlichen Rahmenbedingungen in diesem Projektprogramm sehen eine Ansiedlung der Stelle im zentralen Bereich als Schnittstelle der Bereiche Bildung, Schule und Kita vor. Deshalb ist auch vorgesehen, den Projektantrag so vorzubereiten, dass diese Stelle innerhalb der Kreisverwaltung eingebunden wird. Die Antragstellung wird über den Kreistag erfolgen. Zielstellung ist, den Projektantrag bis zum 01.06.2016 zu stellen. Er sagt zu, in der nächsten Beratung des Ausschusses inhaltlich zu diesem Projekt ausführlich zu informieren, da zu diesem Zeitpunkt auch der Projektantrag und das Konzept dazu vorliegen.

Weiter führt Herr Dornquast aus, dass er als Verantwortlicher zum Umsetzen des Kommunalen Investitionsfördergesetzes im Haus benannt wurde. In der Prüfung sind mehrere Schulstandorte. Die Richtlinie sieht eine sehr enge Bindung von Maßnahmen im Zusammenhang mit energetischer Sanierung von Schulen vor. Nach einem ersten Beratungsgespräch gibt es zurzeit noch unklare Faktoren, die auch innerhalb der ILB noch nicht beantwortet werden konnten. Er berichtet, die Verwaltung befasst sich momentan insbesondere mit dem Schwerpunkt „Schulen“. Weiter gibt es einige kleinere Projekte, die mit Heizungsumstellung usw. zu tun haben. Abschließend erklärt er, die Zeitschiene ist sehr knapp, da die Beantragung bis zum 30.04.2016 projektuntersetzt bei der ILB erfolgt sein muss. Dazu werden vorher die entsprechenden Fachausschüsse beteiligt.

TOP 6

Beschlussvorlagen

TOP 6.1

Errichtung von weiteren Klassen der gymnasialen Oberstufe am Oberstufenzentrum Teltow-Fläming (5-2532/15-I)

Herr Dornquast führt aus, seit einigen Jahren gibt es einen Bildungsgang „Berufliches Gymnasium“ am OSZ Teltow-Fläming, der durch das Bildungsministerium genehmigt wurde. Diese Genehmigung beschränkte die Errichtung dieses Bildungsganges nur auf den Standort Luckenwalde. Im Sachverhalt der Vorlage ist die zahlenmäßige Entwicklung des

Bildungsganges dargestellt. Weiter erinnert er daran, dass der Landkreis gezwungen war, diesen Bildungsgang einzurichten, da mit der Änderung der Sek II-Verordnung und dem zwölfjährigen Abitur es nicht mehr möglich war, später an das Gymnasium zu gehen und in die Sekundarstufe II zu wechseln. Eine gymnasiale Oberstufe mit einem 13jährigen Bildungsgang gab es nur an der Gesamtschule Zossen/Dabendorf.

Er berichtet weiter, in den letzten Jahren ist die Anzahl der Schüler im Nordbereich des Landkreises stark angestiegen, weiterhin gibt es Übernachfragen an den Gymnasien sowie an der Gesamtschule Zossen/Dabendorf. Dem Landkreis ist bisher nicht bekannt, wann der Bau der neu geplanten Schule in Zossen beginnt. Der Landkreis ist verpflichtet, für ein ausgewogenes Bildungsangebot und für die entsprechende Versorgung im nördlichen Bereich zu sorgen. Eine intensive Abstimmung mit der Schulleitung des OSZ sowie auch dem Schulamt hat ergeben, dass dieser Bildungsgang an diesem Standort organisatorisch sowie schülerzahlenmäßig sicher ausgestaltet werden kann. Die finanziellen Auswirkungen werden als gering eingeschätzt.

Frau Hartfelder fragt, ob es Gespräche mit den Gymnasien des Landkreises über die Einrichtung der zusätzlichen gymnasialen Oberstufe gibt und welche Auswirkungen mit der Errichtung eines zusätzlichen gymnasialen Bildungsganges am OSZ auf die Oberstufen der Gymnasien in Teltow-Fläming zu erwarten sind.

Herr Dornquast erklärt, der Landkreis ist im Gespräch mit den Schulleitern. Herr Freitag, der Leiter des Gymnasiums Ludwigsfelde, sieht in der Errichtung dieses Bildungsganges keine Gefährdung seines Gymnasiums. Viele Schüler, die sich etwas später entwickeln, nutzen die Chance zum Abitur über den Weg der Gesamtschule bzw. über das OSZ. Sehr viele Schüler wechseln nach der 10. Klasse vom Gymnasium an das OSZ.

Frau Hartfelder bezieht sich auf die Aussage, dass sich mit der Errichtung der Sekundarstufe II am OSZ die Schulkosten enorm verringern würden. Sie fragt, welche Kosten das sind und wie hoch diese eingeschätzt werden.

Herr Dornquast führt aus, es sind mehrere Kostenfaktoren zu berücksichtigen. Viele Schüler pendeln in Nachbarlandkreise, für die dann Schulkosten zu zahlen sind. Weiterhin ist die Frage der Schülerbeförderung relevant.

Frau von Schrötter sieht die Einrichtung der gymnasialen Oberstufe am Standort Ludwigsfelde positiv, da es den Engpass mit der Dabendorfer Gesamtschule gibt und der Neubau nicht zeitnah realisiert wird. Weiter führt sie es, als Konkurrenz für die Gymnasien im Norden des Kreises ist es gesund, da diese daran interessiert sind, ihre Schüler nach der 10. Klasse nicht zu verlieren. Weiterhin kann den Pendlern im Norden nach Berlin oder Potsdam durch den Standort des OSZ auch ein entsprechendes Angebot gemacht werden.

Herr Lehmann interessiert, welche Auswirkungen die Einrichtung eines zusätzlichen gymnasialen Bildungsganges auf den Schulneubau in Zossen hat. Weiter fragt er, ob ein Abstimmungsbedarf mit der Stadt Zossen bezüglich der Größe der neuen Schule besteht.

Herr Dornquast führt aus, der Landkreis ist verpflichtet, die Schüler zeitnah zu versorgen. Aus Sicht des Landkreises besteht kein Abstimmungsbedarf mit der Bürgermeisterin Frau Schreiber. Aktuell wird die Schulentwicklungsplanung fortgeschrieben. Angesichts der Übernachfrage im Ü7- und Ü11-Verfahren an den Gymnasien in Rangsdorf, Ludwigsfelde und zum Teil in Luckenwalde ist ersichtlich, woher die Schüler kommen und wohin sie gehen. Eine Gesamtschule mit Sek II – wie in Zossen geplant – muss mindestens fünf 7. Klassen einrichten.

Frau Wehlan erklärt, der Landkreis ist die Ebene, die handeln muss, die Genehmigungsbehörde ist das Ministerium. In der Vorlage muss die Notwendigkeit der

Errichtung nachgewiesen werden. Für den Bereich des Unterrichts hat das Landesschulamt, für das Vorhalten der Einrichtung der jeweilige Träger die Verantwortung. Der Landkreis trägt die Verantwortung im Rahmen der Schulnetzplanung.

Herr Lehmann stellt klar, dass er nicht den Schulneubau in Frage stellt, es geht ihm vielmehr um eine Abstimmung zu einem evtl. überdimensionierten Schulneubau.

Frau Hartfelder weist auf die Vorteile der gymnasialen Oberstufe am OSZ gegenüber den Gymnasien hin. Sie bemerkt weiter, mit der Errichtung von mindestens zwei neuen Klassen wird in die beschlossene Schulentwicklungsplanung eingegriffen. Sie möchte nicht, dass mit so einer zusätzlichen Einrichtung Oberstufen wegfallen. Ansonsten begrüßt sie die zwei Standorte.

Frau von Schrötter stellt keine weiteren Fragen fest und bittet um Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Erweiterung des Bildungsganges zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife in den Jahrgangsstufen 11 bis 13 am Oberstufenzentrum Teltow-Fläming, Standort Ludwigsfelde, zu beschließen.

Ja-Stimmen: 6 (einstimmig)

TOP 6.2 **Haushaltssatzung 2016 (5-2575/15-I)**

Frau Wehlan schlägt vor, die drei Tagesordnungspunkte zum Haushalt in Gänze zu diskutieren. Sie berichtet, dass heute die Einladung und die Dokumente für den Haushalts- und Finanzausschuss verschickt wurden. Mit dieser Einladung wurden Dokumente versendet, die eine Aktualisierung notwendig machten. Zum einen wird mit den Unterlagen der aktuelle Zustand zur Inanspruchnahme des Kassenkredites 2015 eingepflegt, weiterhin wird vorgeschlagen, die Höchstgrenze für die Inanspruchnahme des Kassenkredites auf 34 Mill. EUR festzusetzen. Nach wie vor gibt es die aktuelle Beschlussvorlage über 43 Mill. EUR und daran kann der Kreistag absehen, dass sich hier grundlegend eine Veränderung deutlich macht. Die damit in Verbindung stehenden Änderungen in den Dokumenten für die HH-Satzung und das HH-Sicherungskonzept sind dementsprechend eingearbeitet.

Sie weist zur Aktualisierung des Stellenplanes 2016 darauf hin, dass der Stellenplan vom 09.11.2015 mit der Einbringung zum Haushalt 2016 den Stand vom 18.10.2016 beinhaltete, bei dem noch nicht alle Entscheidungen der Bereiche Soziales, Jugendamt und Ausländerbehörde eingepflegt waren. Die Aktualisierung des Stellenplanes hat keinen Einfluss auf die vorliegenden Dokumente zum Gesamthaushalt. Finanzielle Verpflichtungen sind damit nicht verbunden, weil die zugrunde liegende Flüchtlingsprognose in den HH-Dokumenten eingearbeitet war und die zusätzlichen Personalaufwendungen durch das Land über die Kostenpauschale erstattet werden.

Aktuell sind verschiedene Fragestellungen in der internen und öffentlichen Diskussion.

Sie verweist darauf, dass in dem Leitbild, das erst unlängst über einen längeren Prozess diskutiert wurde im strategischen Ziel 7 „Finanzen und Verwaltung“ deutlich vereinbart wurde, dass Kernpunkt und Kernaufgabe für Verwaltung und für den politischen Raum die HH-Konsolidierung ist. Wichtig ist, wieviel Stellen im Zusammenhang mit der großen Aufgabe „Flüchtlingsunterbringung- und -versorgung“ neu geschaffen wurden. Das ist im HH-Sicherungskonzept und im Stellenplan neu dokumentiert.

Das Personalentwicklungskonzept wurde eingehalten und sogar eine Stelle, die erst im Jahr 2018 zum Abbau vorgesehen war, für den Stellenplan 2016 vorgezogen.

Frau Wehlan erläutert weiter, bei der Prioritätenliste hat die Verwaltung bei der Einbringung zugesagt, dass alle Sachverhalte, die aktuell für das HHJ 2016 nachgezeichnet werden

müssen und die möglicherweise über das kommunale Investitionsförderprogramm laufen können, mit der Beschlussfassung vorgelegt werden. Aufgrund der engen Zeitschiene ist es der Verwaltung nicht möglich, diese Zusage einzuhalten.

Herr Ferdinand erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage) die Eckdaten des HH 2016 in Zuständigkeit des Ausschusses für Bildung, Kultur u. Sport. Er erläutert die Abstimmungen und Beratungen zum Haushalt sowie die Eckdaten des Haushalts 2016.

Er erklärt, aufgrund der unsicheren Datenlage von Seiten des Landes können die neuen Orientierungsdaten für die Schlüsselzuweisungen erst im März wirksam werden.

Weiter erörtert er die überarbeiteten Unterlagen des Haushalts 2016 sowie den Ergebnishaushalt 2016, der einen Gesamtüberschuss von ca. 4,5 Mill. EUR aufweist.

Er stellt fest, dass der Landkreis Teltow-Fläming ein einnahmenstarker Landkreis ist, was sich in den Schlüsselzuweisungen niederschlägt. Der Schwerpunkt „Schule“ ist im Investitionsbereich zu finden. Weiter erörtert er die Kriterien des KInvFG und erklärt die Entwicklung der Ergebniskomponenten. Als die beiden Schwerpunkte der Aufwandssteigerung nennt er zum einen den Sozialamtsbereich - die Asylbewerber- und Flüchtlingsdynamik - und den Jugendamtsbereich.

Dem Vorschlag von Frau von Schrötter, die Tagesordnungspunkte 6.2, 6.3 und 6.3 gemeinsam zu behandeln, wird zugestimmt

Frau Hartfelder begrüßt die vorliegenden Erläuterungen zum Haushalt sehr, da jede Position nachvollziehbar ist. Sie erklärt, dass sie dem HH für den Bereich Schulen und den Investitionen zustimmen wird. Sie wird sich aber der Stimme zum Haushaltssicherungskonzept und der Haushaltssatzung enthalten, da die Fraktion erst darüber beraten muss.

Herr Lehmann fragt, ob die 20.000 Euro zur Förderung der Ringer durch die MBS-Ausschüttung gewährleistet werden und diese aus dem HH genommen wurden.

Frau Wehlan erklärt, diese Summe wird auf der Grundlage einer Richtlinie, die der Kreistag verabschiedet hat, jetzt alternativ finanziert. Die Richtlinie zur MBS-Ausschüttung enthält eine Quotenregelung, die sichert, dass die früheren Förderrichtlinien Kultur, Sport Seniorenarbeit und Soziales über diesen Weg finanziert werden. Das ist möglich, weil die Einzelprojektbeantragung erfolgt, auch zukünftig und in der Vergangenheit erfolgt ist und nur über diesen Weg die Möglichkeit besteht, das auch so anzuwenden. Es gibt eine gesetzlich festgelegte Maßgabe, dass die Zuwendungen aus MBS-Mitteln nicht zur HH-Ablösung von ganz konkreten HH-Stellen führen dürfen.

Herr Lehmann bittet die Verwaltung, eine Zusammenstellung der beantragten und ausgezahlten Sportförderung für 2014/15 aus MBS-Mitteln als Überblick zusammenzustellen.

Herr Dornquast sagt zu, diese Liste dem Protokoll beizufügen.

Herrn Klucke ist zum Produktkonto „Aufwendungen und Kosten“ für Mittagstisch. aufgefallen, dass bei den Gymnasien der Ansatz von 2015 zu 2016 um mehr als 50% bei den Gymnasien gesunken ist, wobei er bei den Förderschulen relativ gleich bleibt. Begründet ist es mit dem Rückgang an der Essenteilnahme.

Frau von Schrötter ergänzt, auf S 43 hat sie nicht verstanden, warum das Mittagessen auf „Null“ sinkt

Frau Piechatzeck beantwortet die Verständnisfragen.

Sie führt aus, der Caterer hat falsche Zahlen mitgeteilt. Insofern ist es nur eine Korrektur der Planansätze. Ein Rückgang der tatsächlichen Essenteilnehmerzahl kann nicht bestätigt werden.

Frau von Schrötter bezieht sich auf die die Dacherneuerung im Zusammenhang mit Schaffung einer Cafeteria und einer Aula am Gymnasium Ludwigsfelde. Diese Investition soll im nächsten Jahr eine Million EUR betragen. Sie regt an, zu überlegen, ob diese Investition sinnvoll ist, da sich in unmittelbarer Nähe des Ludwigsfelder Gymnasiums ein gerade erneuertes Clubhaus befindet. Die Diskussion in der Stadt Ludwigsfelde ist so, dass dieses Clubhaus mit seinen Angeboten auch maximal genutzt wird. An sie wurde die Bitte gerichtet, die Möglichkeit zu prüfen, auch die schulischen Veranstaltungen sowie auch die Schüleressensversorgung in diesem Clubhaus durchzuführen, was kostenfrei wäre. Der Rückgang der Essensteilnehmer und ein gleichzeitiger Ausbau einer Cafeteria auf einem relativ hohen Niveau ist für sie ein Widerspruch. Sie regt an, daher die Prioritätenliste noch einmal zu überarbeiten.

Herr Dornquast erläutert, der Dachgeschossausbau ist damit begründet, dass der komplette Dachstuhl neu gemacht werden muss. Dazu liegt ein Gutachten vor, das baufachlich entsprechend untersetzt ist. Er erinnert an eine Diskussion zur Erweiterung der Cafeteria vor ca. 2 Jahren zur Erweiterung der Cafeteria aufgrund der hohen Teilnehmerzahl am Schulesen. Der Schulleiter hatte die Organisation im Schichtbetrieb dargestellt. Mit Hilfe des Kommunalen Investitionsfördergesetzes lassen sich Dachgeschossausbauten mit der energetischen Sanierung sehr gut verbinden. Deshalb wurde das Projekt forciert. Er erklärt weiter, die Aussage des Bürgermeisters Herrn Igel zur kostenlosen Nutzung freut ihn sehr. Er berichtet in dieser Beziehung von anderen Erfahrungen aus der Vergangenheit. Das Angebot, das Kulturhaus zu nutzen, ist für ihn nicht praktikabel, wird aber noch einmal geprüft. Er ist aber der Meinung, dass die Schule am Standort festhalten wird.

Frau Hartfelder plädiert für die Aula vor dem Hintergrund der Abitur-Arbeiten, da jeder Schüler einen Einzeltisch benötigt.

Frau von Schrötter macht auf die geringe Entfernung von einigen hundert Metern aufmerksam. Sie meint, es muss möglich sein, Investitionen auf die Sinnhaftigkeit zu prüfen, wenn es auch andere Möglichkeiten gibt. Den Hinweis „kostenlose Nutzung“ hat der Bürgermeister an sie gegeben.

Herr Lehmann unterstützt die Ausführungen von Herr Dornquast.

Frau von Schrötter fragt Herrn Ferdinand nach der Höhe des Betrages aus dem Haushalt für die Versorgung von Flüchtlingen.

Herr Ferdinand erläutert, im Bereich des Sozialamtes nannte Frau Gurske die Summe von ca. 16 Mill. €. Weiter sind in der Flüchtlingsthematik das Ausländeramt sowie das Jugendamt zu nennen. Insgesamt liegt die Summe nicht vor.

Frau von Schrötter bemerkt, die maximale Finanzierung muss zweckgebunden wieder eingesetzt werden. Sie bezieht sich auf die ganz am Anfang hingewiesene Visionslosigkeit des HH. Einem Artikel hat sie entnommen, dass vor einigen Jahren das Investitionsvolumen gemessen am Gesamthaushalt 2 % betrug. Jetzt liegt eine Steigerung des Gesamthaushaltes von 190 Mill. EUR auf 250 Mill. EUR vor. Damit sinkt die prozentuale Investitionssumme weit unter 2 %. Sie fragt, ob berücksichtigt wurde, dass der Anstieg im HH von nicht geringer Summe ist, der nicht in dieser prozentualen Investitionssumme berücksichtigt werden darf, weil sie im Verhältnis 1: 1 verbraucht werden muss.

Herr Ferdinand erklärt, die Ursache ist, dass sich der Landkreis in der Haushaltskonsolidierung befindet. Das Geld wird verwendet, um aus der Haushaltssicherung zu kommen.

Auch stellt das Land dem Landkreis 1 Mill. EUR, also 40 % weniger an investiver Schlüsselzuweisung zur Verfügung als im letzten Jahr. Er erläutert, dieses ließe sich in anderen Zeiten durch Kredite oder Inanspruchnahme der Bilanz kompensieren, aber die HH-Sicherung mit allen daran hängenden Genehmigungen, Einzelfallprüfungen, Dokumentationen usw. steht dem entgegen.

Ein weiterer Punkt ist, dass der Landkreis mit einem Fehlbetrag von 1,3 Mill. EUR für den HH 2016 begann. Reserven zu finden, die aus dem konsumtiven Bereich in den Investitionsbereich umgeleitet werden können, erschien allen Mitgliedern der Verwaltungsleitung überambitioniert. Er bekräftigt noch einmal, für 1 Mil. EUR zu investieren und damit die 1 Mill. EUR weniger Schlüsselzuweisungen zu kompensieren, wäre zu viel.

Frau Wehlan meint, der folgende Haushalts- und Finanzausschuss wird sich zu diesen Sachverhalten konkret verständigen. Sie betont, der Landkreis ist einerseits ein wirtschaftlich starker Landkreis und erhält dadurch weniger Zuführung für die Schlüsselzuweisung. Auf der anderen Seite ist er bezogen auf den Kassenkredit und die Überschuldung ein armer Landkreis, so dass die Verwaltung sogar am Bundesprogramm für das kommunale Investitionsprogramm teilnehmen kann.

Sie erörtert die aktuelle Flüchtlingssituation. Das Landesaufnahmegesetz soll am 01.04.2016 beschlossen werden. Natürlich liegen Berechnungen zu den Kosten vor. Mit dem Kämmerer ist vereinbart, dass die Bereiche, die für die Flüchtlingskostenpositionen sorgen, mit der Kämmerei enger zusammenarbeiten müssen, um auch tagesaktuell eine Übersicht über die Kosten zu haben.

Da noch nicht jede Fraktion den HH besprochen hat, schlägt Frau von Schrötter vor, über die drei Tagesordnungspunkte zum HH einzeln abzustimmen.

Frau Wehlan weist darauf hin, dass es noch aktuellen Nachzeichnungsbedarf aus Sicht der Verwaltung gibt. Wichtig ist, dass das Thema, das hier in diesem Ausschuss eine Rolle spielt, mit einer Empfehlung versehen wird, da Frau von Schrötter am 01.02. in die Sitzung des Haushalts- u. Finanzausschusses eingeladen ist und das Signal an den Haushalt- und Finanzausschuss geben muss.

Zum Problem von Frau Hartfelder mit der Tagesordnung erklärt Frau von Schrötter, die Verfahrensweise der letzten Jahre war immer so, dass der Ausschuss in seinem Zuständigkeitsbereich dem Kreistag empfiehlt, den HH zu beschließen oder nicht.

Sie bittet um Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2016 zu beschließen.

Ja-Stimmen: 6 (einstimmig)

TOP 6.3

Haushaltssicherungskonzept 2016 (5-2576/15-I)

Die Diskussion erfolgte unter TOP 6.2.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Teltow-Fläming als Bestandteil des Haushaltsplanes 2016 zu empfehlen.

Ja-Stimmen:3/Nein-Stimmen: 0/Enthaltungen:3

TOP 6.4

Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2016 (5-2581/15-1/1)

Die Diskussion erfolgte unter TOP 6.2.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2016 zu beschließen.

Ja-Stimmen: 3/Nein-Stimmen: 0/Enthaltungen: 3

Frau von Schrötter beendet die Sitzung und wünscht allen einen guten Heimweg.

Luckenwalde, den 11.03.2016

gez. Ria von Schrötter
Die Vorsitzende

Heike Linke
Protokollantin